

Zusammen mit Herrmann Bayern, Hermann Baden-Württemberg, Horch Hamburg haben wir die Bundesregierung mehrfach angeschrieben und ange-mahnt, dass sie jetzt ihrer Verordnungspflicht Folge leistet. Die Bundesregierung will sich nach meinem Eindruck drücken und es auf die Länder abschieben. Sie hat aber eine originäre gesetzliche Verpflichtung, selbst einen Verteilvorschlag zu unterbreiten, und kann sich nicht dahinter verstecken, dass der Osten nicht abgeben will, was dem Westen gebührt. – Erste Anmerkung.

Zweite Anmerkung: Düsseldorfer Liste. Wir haben die Bundesregierung dazu gebracht, Stellung zu beziehen, die Düsseldorfer Liste neu zu qualifizieren. Die Düsseldorfer Liste ist jetzt qualifizierter Bestandteil des Hafenkonzeptes und gleichwertig gegenüber der Ahrensburger Liste, also auch da ein Erfolg.

Ich meine, wir müssen insgesamt das begreifen, was der Kollege Beu gesagt hat. Die Zeiten des Spartendenkens sind vorbei. Wir müssen Mobilität organisieren, planen und umsetzen. Deshalb brauchen wir ein NRW-Paket im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung und anschließend einen NRW-Pakt, das Beschlossene auch umzusetzen.

(Beifall von der SPD)

Denn die Widerstände wachsen, und die können wir nur gemeinsam überwinden. – Vielen Dank, auch vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Sehr gerne, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen jetzt aber wirklich nicht vor.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10509, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer sich anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Justizministerium

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10504**.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir von vielen Baustellen im Ressort Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr zu einer weiteren großen Baustelle, dem Haushalt des Justizministeriums.

Nach wie vor schafft es die Landesregierung nicht, die Einnahme- und Ausgabensituation in diesem Bereich in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen. Alleine im Justizbereich wollen Sie im nächsten Jahr über 150 Millionen € mehr ausgeben als Sie einnehmen. Die Großbaustellen, die in der Justiz nach wie vor zu bearbeiten wären, rühren Sie dabei aber nicht einmal ansatzweise an. Das ist leider mehr als enttäuschend.

Die seit Jahren überfällige Dienstrechtsreform steht mit großer Verspätung erst im Dezember auf der Tagesordnung des Plenums. Bei den Beschäftigten herrschen aber bereits seit langer Zeit große Sorge und Unzufriedenheit. Die Folge: Qualifizierter Nachwuchs fehlt ebenso wie echte Verbesserungen im nordrhein-westfälischen Besoldungsdienst und Versorgungsrecht. Dabei ließe sich gerade in diesen Bereichen die Attraktivität der Justiz als Arbeitgeber erhöhen.

Die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung auf diesem Gebiet hat allerdings dazu geführt, dass qualifizierter Nachwuchs sich zunehmend für eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft entscheidet. Diesen Weggang können und dürfen wir uns nicht leisten, wenn wir die Qualität der nordrhein-westfälischen Justiz langfristig erhalten wollen.

(Beifall von der CDU)

Dass die rot-grüne Landesregierung im kommenden Haushaltsjahr tatsächlich noch beabsichtigt, die Mittel für die Nachwuchswerbung für Gerichte und Justizbehörden ersatzlos zu streichen, ist vor diesem Hintergrund ein wirklich fatales Signal. Sie sparen einmal mehr am völlig falschen Ende.

Besonders deutlich wird diese verfehlte Schwerpunktsetzung auch daran, dass die rot-grüne Landesregierung in den kommenden Jahren im großen Stil Haftplätze abbauen möchte. Davor warnt der Bund der Strafvollzugsbediensteten ausdrücklich. Die nordrhein-westfälische Justiz macht sich unglaublich, wenn sie Kapazitäten reduzieren will, obwohl Forscher sagen, dass sich die Entwicklung der Zahl der Gefangenen kaum prognostizieren lässt, weil sie von sehr vielen Faktoren beeinflusst wird. In einem Bundesland mit ständig wachsender Bevölkerungszahl ist es geradezu fahrlässig, Haftplätze zu streichen.

Dass die Kriminalitätsbelastung in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten deutlich zunimmt, ist ein Fakt, den die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage 4 der CDU-Fraktion zur Situation der Polizei und Kriminalitätsbekämpfung einräumen musste. Daraus geht hervor, dass die Zahl der Straftaten in Nordrhein-Westfalen von 1980 bis heu-

te um etwa eine halbe Million gestiegen ist. Dass SPD und Grüne vor diesem Hintergrund Haftplätze abbauen wollen, ist aus der Sicht meiner Fraktion völlig unverantwortlich.

(Beifall von der CDU – Dagmar Hanses [GRÜNE]: Welche Straftäter denn nur?)

Haftkapazitäten, die heute mit viel Geld ab- und zurückgebaut werden müssen, müssen morgen und übermorgen mit noch mehr Geld wieder aufgebaut werden. In der Zwischenzeit werden Mehrfach- und Überbelegungen die Folge sein. Damit wird die innere Sicherheit in den Gefängnissen gefährdet und der gesetzliche Resozialisierungsauftrag beeinträchtigt.

(Zuruf von Hartmut Ganzke [SPD])

Unter dem rot-grünen Kahlschlag bei den Haftplätzen werden letztlich alle Beteiligten zu leiden haben: die Gefangenen, die JVA-Bediensteten und nicht zuletzt die rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Zuruf von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Herr Minister Kutschaty, bauen Sie lieber Schulden ab, statt Haftplätze!

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Oh, der war so schlecht!)

Zu Einsparungen hätte auch dieser Haushalt Möglichkeiten geboten. Wir hatten bereits in den Ausschussberatungen darauf hingewiesen, dass der Ansatz von knapp 700.000 € für den Strafvollzug in freien Formen 2016 gestrichen werden kann, nachdem der Minister dieses Programm 2014 gestoppt hat. Ich bin sehr froh, dass wir vor wenigen Stunden erste Vorschläge dazu gehört haben, wie es weitergehen kann. Aber für das Jahr 2016 wird dieses Geld sicherlich noch nicht benötigt werden und könnte dementsprechend eingespart werden.

(Zuruf von Dietmar Schulz [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, deutlich wird, dass dieser Einzelplan 04 aus vielen Gründen nicht zustimmungsfähig ist. Die CDU-Fraktion wird ihn deshalb ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Wolf.

Sven Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So eine Haushaltsdebatte bietet eigentlich die Möglichkeit, dass wir unsere eigenen Schwerpunkte gegenseitig aufzeigen.

Lieber Kollege Kamieth, aus Ihrer Rede habe ich rechtspolitisch relativ wenig herausgehört. Das war – will ich mal sagen – etwas schwammig.

(Beifall von der SPD)

Der Vorwurf wurde erhoben, da wäre kein Gestaltungswille und da sei kein Sparwille. Aber einen ganz konkreten Vorschlag habe ich jetzt auch nicht gehört.

Wir können gern darüber sprechen. Wenn die CDU sparen will und weniger Richter fordert, dauern Urteile halt länger. Wir können auch mit weniger Staatsanwälten sparen, aber dann werden sich Prozesse verzögern. Oder wir sparen bei den Mitarbeitern im Allgemeinen Vollzugsdienst, also in den Vollzugsanstalten. Aber dann wird es weniger Betreuung und mehr Überstunden geben. Es gibt keinen konkreten Vorschlag. Das ist totaler Mumpitz.

(Beifall von der SPD und Dagmar Hanses [GRÜNE])

Wir alle in der Rechtspolitik wissen, dass der Einzelplan 04 der Einzelplan mit den höchsten direkten Einnahmen ist. Ein Drittel der Ausgaben in diesem Einzelplan wird durch direkte Gebühren wieder reingeholt. Also ist auch hier die Vorstellung, das stünde nicht im Ausgleich zueinander, falsch.

Zur Dienstrechtsreform haben wir uns sehr klar positioniert. Die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulagen im Vollzugsdienst wird mit der Dienstrechtsreform wieder eingeführt. Zu der Zusage stehen wir, und diese Zusage werden wir auch gegenüber den Beschäftigten einhalten. Wir haben gestern hier das Landesrichter- und Staatsanwältegesetz auf den Weg gebracht. Auch dieses Gesetz ist wichtig und gut, um motivierte und hochqualifizierte Juristinnen und Juristen für die Justiz in Nordrhein-Westfalen gewinnen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aber trotzdem noch einige Punkte anmerken, bei denen wir die guten und klaren Schwerpunkte in diesem Haushalt sehen. Leider wird auch diese Debatte von den Ereignissen in Paris und auch von dem andauernden Konflikt in Syrien überlagert.

Ganz konsequent werden daher im Einzelplan 04 zusätzliche Richterstellen eingerichtet, um die Staatsschutzsenate zu verstärken. Das ist ein richtiges Signal, um eine konsequente Strafverfolgung zu sichern.

Außerdem wird im Strafvollzug sehr genau darauf geschaut, welche Menschen in der Haft versuchen, andere zu radikalisieren oder mit extremistischen Gedanken vertraut zu machen. Hierzu gibt es einen sehr guten und nachvollziehbaren Fünf-Punkte-Plan des Justizministers: die stärkere Vernetzung der Bundesländer, mehr Fortbildung für die Mitarbeiter im Vollzug, mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund und mehr religiöse Betreuung für muslimische Gefangene und außerdem die wissenschaftliche Erforschung von Radikalisierung.

Deswegen werden im Einzelplan zum ersten Mal mehrere Stellen für Islamwissenschaftler geschaffen, die gemeinsam mit den Fachkräften im Vollzug Konzepte erarbeiten sollen.

Aber es gibt noch einen weiteren Punkt, an dem sich die aktuelle Entwicklung im Einzelplan abbildet. Wir haben bereits ganz häufig über die Problematik der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gesprochen. Es ist für die Amtsgerichte in Nordrhein-Westfalen eine ganz große Herausforderung, die Vormundschaftssachen zu regeln.

Hierbei gibt es ein klares Signal: Es werden zusätzliche Richterstellen eingerichtet, um dieser großen Herausforderung zu begegnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch ganz kurz auf den Punkt eingehen, den wir uns in den Fraktionen sehr intensiv angeschaut haben. Wir haben viele und sehr gute konstruktive Gespräche mit den Trägern der Freien Straffälligenhilfe geführt. Gemeinsam mit meiner grünen Kollegin Dagmar Hanses haben wir uns genau angeschaut, welche Aufgaben diese Träger ausführen. Ich will Stichworte nennen: Haftverkürzung, Täterarbeit, Förderung der ehrenamtlichen Arbeit im Vollzug, Behandlung von Sexualstraftätern, Täter-Opfer-Ausgleich und Übergangsmanagement im Jugendarrest.

Das sind auf den ersten Blick sehr verschiedene Projekte, aber im Kern haben Sie eines gemeinsam: Wenn diese Projekte gut arbeiten, können sie künftig Strafen vermeiden. Das ist eine sehr gute Ergänzung der Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes der Justiz. Wir wollen diese beiden Säulen in Nordrhein-Westfalen stärken.

Wir haben aber auch in den sehr offenen Gesprächen feststellen müssen: Da gibt es bei den Trägern keine stillen Finanzreserven. Und da gibt es auch keine Querfinanzierung. Um die Träger besser zu unterstützen, haben wir den Änderungsantrag auf den Weg gebracht. Wir wollen sie im kommenden Jahr mit zusätzlich 700.000 € unterstützen.

(Beifall von Walburga Benninghaus [SPD])

– Vielen Dank, Frau Kollegin! – Wir werden daher gerne dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen. – Danke sehr.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. – Für die FDP spricht Herr Kollege Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist Zeit für eine Bilanz. Fünf Haushaltsjahre sind nun vergangen, seitdem Sie, Herr Minister Kutschaty, die Verantwortung für die Justizpolitik in NRW übernommen haben.

Rechtsfrieden sichern, Gerechtigkeit durchsetzen, für den Bürger eine effektive Rechtsprechung und zügige Vollstreckung auf hohem Niveau bieten: Mit diesem Anspruch sind Sie 2010 hier angetreten. Ich nenne einige Beispiele dazu. Sie verkündeten 2010:

„Die Aufgabe des Rechtes ist es auch, den Wirtschaftsstandort NRW zu stärken.“

Wie Sie das machen, verwundert schon. In bewusst gewählter Wortwahl einer „Bild“-Kolumne zeigen Sie immer wieder mit dem Finger auf Unternehmen, Autohersteller und Fluggesellschaften mit dem Appell, alle härter ranzunehmen. Sie fordern für den Bund ein Unternehmensstrafrecht, und hier im Land lassen Sie derweil die Strafkammern bei den Landgerichten so absaufen, dass Täter, die schwerste Wirtschafts- und Steuerstraftaten wie auch andere Delikte begangen haben, wegen Überlastung jahrelang nicht verurteilt werden können und hinterher einen Strafbonus erhalten müssen. So viel zu effektiver Rechtsprechung!

Sie stehen als Minister – in Zeiten, wo Tausende Syndikusanwälte in NRW um ihre Absicherung im Alter bangen und Anwälte nicht in Unternehmen wechseln können, ohne ihre Mitgliedschaft im Versorgungswerk zu verlieren – nicht tatkräftig an der Seite der Wirtschaft und der Anwälte. Der Gesetzentwurf hängt in Berlin. Der Minister ist bei dem Thema abgetaucht und beschäftigt sich lieber mit der Bilanzierung bei VW. Das Land NRW hat Tausende VW-Fahrzeuge, insbesondere bei der Polizei. Eigene Ansprüche des Landes hat Minister Kutschaty scheinbar nicht geprüft.

Herr Minister, Sie hatten 2010 weiterhin – ich zitiere – angekündigt:

„Ein großes Anliegen ist der Landesregierung insbesondere auch, die Opfer von Straftaten stärker ins Blickfeld zu nehmen.“

Und weiter:

„Um Opfern von Straftaten bürgernah, unbürokratisch und wirksam helfen zu können, wollen wir eine ‘Stiftung Opferhilfe Nordrhein-Westfalen’ errichten.“

Sachstand heute: Projekt liegt auf Eis, Alternativen sind nicht in Sicht.

Mehr Geld für Opferhilfe ist nicht eingeplant. Für eine Änderung der Verteilung von Geldauflagen der Staatsanwaltschaften zugunsten der Opferhilfe fehlt der Mut. Ergebnis: Nach fünf Jahren im Amt bleiben die Opfer im Regen stehen. Das ist ernüchternd.

Eine weitere zentrale Ankündigung aus dem Jahr 2010 – ich zitiere – lautete:

„Die Landesregierung will die Bekämpfung der Jugendkriminalität voranbringen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung jugendlicher Intensivtäter.“

Dazu haben Sie die Einrichtung von weiteren Häusern des Jugendrechtes in den Großstädten angekündigt. Ernüchterndes Fazit bis heute: Es gibt in NRW massive Versäumnisse im Umgang mit Intensivtätern, Stichwort: „Familienc clans“. Das war noch heute Thema in der „WAZ“.

Die Ermittlungsbehörden in Städten wie Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Leverkusen haben dicke Akten, in denen jugendliche Intensivtäter mit massenhaft Straftaten geführt werden. Innerhalb von fünf Jahren haben Sie gerade einmal ein weiteres Haus des Jugendrechts in Paderborn eingerichtet. Ansonsten: Fehlanzeige!

(Beifall von der FDP)

Selbst der tragische Fall des Intensivtäters, der in Essen einen Passanten grundlos erschlagen hat und zur Tatzeit in Beugearrest sitzen sollte, hat Sie nicht veranlasst, endlich Gas zu geben und die Vollzugsdefizite bei der Arrestvollstreckung anzugehen.

(Beifall von der FDP)

Sie setzen sich auch nicht dafür ein, zur Bekämpfung von reisenden Serien- und Intensivtätern landesweit die Voraussetzungen für die Durchführung besonders beschleunigter Verfahren mit Hauptverhandlungshaft zu schaffen, obwohl dieses Verfahren in der Strafprozessordnung verankert ist.

Bei den Gerichtsvollziehern stapeln sich die unerledigten Vollstreckungsaufträge auf den Schreibtischen, weil Sie es versäumt haben, rechtzeitig entsprechenden Nachwuchs zu gewinnen. – So viel zum Thema „zügige Vollstreckung auf hohem Niveau“.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rechtsausschuss musste nach Münster fahren, damit dem Justizminister einmal erläutert wird, was im Bereich „Asylverfahren“ im Vollzug falsch läuft. Dass Sie im Nachgang aktiv geworden sind, ist gut. Schlecht ist, dass Sie das nicht viel früher bei Ihren Verwaltungsgerichten erfahren haben.

Mein Fazit: Der Rechtsausschuss sollte dringend zu den massiv überlasteten Strafkammern der Landgerichte und in die Jugendarrestanstalten fahren – in der Hoffnung, dass der Minister dann auch in diesen Bereichen endlich aufwacht und handelt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Im Nachtragshaushalt sind bereits Stellen eingerichtet worden!)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Wedel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Hanses.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer schwierig, wenn ich nach Herrn Wedel sprechen muss, wieder herunterzukommen. Ich frage mich immer: Wer schreibt Ihnen dieses Feuerwerk der Halbwahrheiten eigentlich auf? Das ist unfassbar!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der SPD)

– So ist es!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir versuchen alle, wieder runterzukommen und uns sachlich mit dem Einzelplan 04 zu beschäftigen, dem Geschäftsbereich des Justizministeriums. Dieser Einzelplan vereinigt, wie Sie alle wissen, wie kein anderer unter einem Dach Prävention und Repression. Deshalb lohnt es sich, da noch einmal genauer hinzusehen.

Wir haben das im Rechtsausschuss in der Tat auch schon beraten: Bereits bei der Aufstellung dieses Einzelplans bin ich immer wieder über die einführenden Worte des Hauses im Erläuterungsband gestolpert, weil sie bereits die terroristischen Ereignisse in Paris, Kopenhagen und Tunesien in der ersten Hälfte dieses Jahres bezugnehmend erläutern.

Die Schlussfolgerungen, die das Justizministerium daraus zieht – die ziehen jetzt auch wir mit der Aufstellung des Haushaltes daraus –, sind mit den Ereignissen des Novembers dieses Jahres auf bedauerliche Weise noch dringlicher geworden.

Auch in diesem Haushaltsplan ziehen wir die Konsequenzen aus den steigenden Flüchtlingszahlen. Nach den bisherigen Erfahrungen können wir davon ausgehen, dass ca. die Hälfte der abgelehnten Asylanträge bei unseren Verwaltungsgerichten landen. Herr Wedel, es ist völliger Unfug, dass sich der Minister erst im Rechtsausschuss, der ein Verwaltungsgericht besuchte, ein Bild machen musste. Selbstverständlich ist der Minister jederzeit bestens über die Vorgänge an Verwaltungsgerichten informiert. Da brauchen Sie sich überhaupt keine Sorgen zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn ich aber in anderen Bundesländern davon berichte, dass in diesem Haushaltansatz bereits 59 weitere Stellen für Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter vorgesehen waren und wir zusätzlich knapp 100 weitere Planstellen für Geschäftsstellen und im Servicebereich bekommen, dann schauen andere Bundesländer mit ein bisschen Neid, vielleicht aber auch mit ein bisschen Respekt darauf, dass wir die Stellen vorausschauend schaffen und nicht wie die Bundesregierung handeln, die dies beim BAMF an vielen Stellen viel zu spät macht; sie hat die Stellen, die hier längst erforderlich wären, noch immer nicht eingestellt.

(Beifall von Sven Wolf [SPD])

Ja, unsere Verwaltungsgerichte brauchen selbstverständlich Unterstützung, um die steigende Zahl der Verfahren bearbeiten zu können.

Aber der Weg zur Einhaltung der verfassungsgemäßen Schuldenbremse wird weiterhin kein leichter sein. Da geht es nicht nur um das Wünschenswerte, sondern auch um das Machbare.

Wie Ihre Vorschläge, die Vorschläge der Opposition, dazu aussehen, haben Sie bisher geheim gehalten. Dass Sie unseren Haushaltsanträgen nicht zustimmen können, ist ein Schlag ins Gesicht der Freien Straffälligenhilfe.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dass Sie, liebe CDU, im Ausschuss ernsthaft nach einer Gegenfinanzierung gefragt haben, legt Ihre Haltung dazu offen.

Bitte richten Sie das allen Caritas-Geschäftsführern mit einem schönen Gruß von mir aus. Wenn hier investiert wird, lohnt sich jeder Euro. Jeder Tag, der ein Haftplatz vermieden wird, lohnt sich nicht nur für die betroffene Person selbst, sondern auch für die gesamte Gesellschaft.

Wir bekennen uns zum Zweisäulenmodell, zur Straffälligenhilfe in der Justiz, an den Landgerichten, und zur Freien Straffälligenhilfe in der Freien Wohlfahrtspflege. Diese Bereiche bestehen nebeneinander, unterstützen sich gegenseitig und ergänzen sich.

Ich möchte jedoch unsere Haushaltsanträge noch schnell im Einzelnen nennen: 78.000 € mehr für die ehrenamtliche Arbeit der Freien Straffälligenhilfe, die Ehrenamtliche vernetzt, fortbildet und qualifiziert, 206.000 € mehr für die Förderung gemeinnütziger Arbeit derjenigen, die die sogenannten Sozialstunden vermittelt und betreut, 36.000 € mehr für Haftverkürzungsprojekte an freie Trägern, 128.000 € mehr für die Förderung der Täterarbeit, 98.000 € mehr für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern, 142.000 € mehr für die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs und zarte 12.000 € mehr für die Maßnahmen des Übergangsmanagements im Jugendarrest.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Erhöhungen mögen manch einem klein erscheinen. Doch wir wissen längst, dass sich Prävention auch hier rechnet. Jeder Euro zahlt sich aus – nicht nur für die Gefangenen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft.

Herr Kamieth, Ihre Darstellung, wie sich die Straftaten entwickelt haben, ist völlig schräg. Es ist gut, in einer Gesellschaft zu leben, in der es immer weniger Gewaltdelikte ...

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit.

Dagmar Hanses (GRÜNE): ... und immer weniger Verurteilungen gibt. Die Kapitaldelikte und Gewaltdelikte sind massiv zurückgegangen. Die Jugendkriminalität ist auf dem niedrigsten Stand seit 44 Jahren. Ihr Szenario hier ist völlig abstrus.

(Unruhe)

Ich komme zum Schluss: Die Opposition hat keine Strategie zum Haushalt. Ein Konzept ist leider nicht erkennbar.

Die CDU singt das Mantra der schwarzen Null und hat kein Konzept. Die FDP brabbelt sonst immer „Privat vor Staat“ vor sich hin; Herr Wedel hat im Rechtsausschuss geäußert, die Mittel seien viel zu niedrig. Ob das die neue FDP ist, bleibt noch geheim. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Nadja Lüders [SPD]: Das kann auch so bleiben!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hanses. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer im Stream! Und einer da oben – wunderbar –, herzlich willkommen!

Das Spardiktat, das die CDU hier vermisst, wollen wir vonseiten der Piratenfraktion nicht verfolgen. Das fordern wir auch nicht. Es ist zwar zutreffend, dass hier 150 Millionen € mehr ausgegeben als eingenommen werden. Nun ist die Justiz aber auch kein Wirtschaftsbetrieb; das muss man auch sehen.

Wir beraten heute den Haushalt des Justizministeriums, Einzelplan 04.

Die Umsetzung der Rechtsstaatsgarantie unseres Staates ist eine der tragenden Säulen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Deswegen erkennen wir grundsätzlich den Willen der Landesregierung an, die Rechtsstaatsgarantie und damit auch den Justizgewährungsanspruch der Bürgerinnen und Bürger in diesem unserem Land zu erfüllen.

Dennoch ist es nachgerade erschreckend, dass auch im Vergleich zum Haushaltsvorjahr der allgemeine Richterinnen- und Richterstellenaufwuchs äußerst gering bleibt und dem seit Jahren – auch schon im vergangenen Jahr – vonseiten des Deutschen Richterbunds allein in Nordrhein-Westfalen genannten Fehlen von 460 Richterinnen und Richtern allein bei den Amtsgerichten um rund 10 % abgeholfen wird.

Noch überstiegen wird das durch den Bedarf an Richterinnen und Richtern bei den Landgerichten. Selbstverständlich nicht zu vergessen sind auch –

ich greife Ihre Umschreibung gern auf, beziehe diese allerdings nicht auf die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher – die Staatsanwälte. Die saufen auch ab. Auch da fehlt es erheblich an Arbeit und Investitionen seitens der Landesregierung.

Auch heute müssen wir leider sagen, dass es 700 bis 800 zusätzlicher Richterstellen in Nordrhein-Westfalen bedarf, um eine straffe Verfahrensführung zu gewährleisten und die Rechtsstaatsgarantie ernsthaft einzulösen. Auch heute wie schon im auslaufenden Jahr sind wir mit dem Entwurf des Einzelplans 04 hiervon weit entfernt.

Auch im Bereich „Besoldung und Versorgung“ – ich erwähnte das bereits an anderer Stelle – beklagen wir Piraten die Untätigkeit der Landesregierung mit Blick auf den Vergleich von Tarifbeschäftigten mit verbeamteten Beschäftigten in der Justiz.

Da hilft es auch nicht weiter und darf über das vorgenannte nicht hinwegtäuschen, wenn Justizminister Kutschatj jetzt eine strafgerichtliche Task Force gegen den IS und die Salafisten kreiert, womit den Menschen im Lande vermittelt werden soll, dass die Justiz infolge konsequenter Strafverfolgung in der Lage sei, gemeinsam mit dem Innenminister dieses Landes Sicherheit zu gewähren. Das mag auf den Präventionsgedanken zutreffen, vielleicht auch auf die Islamwissenschaftler, die jetzt eingestellt werden sollen, nicht aber im Falle von ideologisch oder religiös motivierten Gewaltverbrechern und Tätern terroristischer Vereinigungen, derer man wahrscheinlich ohne Weiteres auch nicht in Nordrhein-Westfalen habhaft werden kann.

(Sven Wolf [SPD]: Aber wenn man sie findet, müssen sie auch angeklagt werden!)

Besonders peinlich wird es dann aus meiner Sicht, wenn sich der Justizminister unseres Landes mit dem Innenminister aufschwingt, rechtsextreme Hetze im Internet jetzt effektiv bekämpfen zu wollen, wie vor einigen Tagen sehr gehaltvoll in Pressemitteilungen erklärt.

Insbesondere die Hetze des rechtsextremen braunen Mobs ist eine seit Jahren bekannte Konstante und keineswegs erst jetzt ein Phänomen infolge der riesigen Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern,

(Nadja Lüders [SPD]: Das haben Sie nicht verstanden, Herr Schulz!)

und vor allem ist es gewachsen, auch durch das Internet und in sozialen und durch soziale Netzwerke. Hiergegen fehlt mir persönlich im Einzelplan 04 der erforderliche Ansatz im Bereich der Staatsanwaltschaften und Gerichte hinsichtlich dieses neuen Aspektes.

Dazu muss ich noch sagen, es hätte schon im Vorgriff auf diese Aspekte im Hinblick auf die Kompetenzerweiterung der Zentralstelle für Cyberkriminalität einer erheblichen Personalverstärkung bedurft,

wenn Sie das jetzt auch noch auf das ganze Land Nordrhein-Westfalen von Köln aus ausweiten wollen. Da muss noch nachgearbeitet werden.

Insgesamt darf nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass die Justiz mit den Vorbereitungen der Einführung der elektronischen Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs ein dickes Brett vor dem Bauch hat. Da sehen wir gerne zu, wie das klappt. Die Sache ist ja noch im Fluss.

Darüber hinaus ist der Mittelaufwuchs im Bereich der Vormünder, Betreuer, Berufsbetreuer und Pfleger im Minderjährigenbereich positiv zu bemerken. Diesen begrüßen die Piraten selbstverständlich.

Beide vorgenannten Aspekte reichen aber leider nicht aus, die Jahr für Jahr und auch heute wieder gerügten teils strukturellen Defizite in Justiz und Justizverwaltung zu kompensieren. Sie sind kumulativ.

Deshalb habe ich meiner Fraktion empfohlen, den Einzelplan 04 in zweiter Lesung abzulehnen, dies insbesondere auch deshalb, weil nicht damit zu rechnen sein wird, dass den von mir und auch den anderen Kollegen geäußerten Kritikpunkten vonseiten der Landesregierung oder der sie tragenden Fraktionen in den nächsten zwei Wochen bis zur dritten Lesung noch Abhilfe zuteilwird. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Jetzt spricht Herr Minister Kutschatj für die Landesregierung.

Thomas Kutschatj, Justizminister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen hat eine gute, leistungsfähige und starke Justiz. Und das ist nicht zuletzt der Verdienst der rund 40.000 hauptamtlichen und rund 20.000 ehrenamtlichen Beschäftigten, die Tag für Tag eine enorme Leistung erbringen. Dafür einen herzlichen Dank an alle Beschäftigten in der nordrhein-westfälischen Justiz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf sorgen wir auch dafür, dass das in Zukunft so bleiben kann.

Jetzt hatte ich mich ja auf einiges eingestellt, was an Vorwürfen oder Änderungsvorschlägen der Opposition hier heute hätte kommen können. Konkret zum Haushalt habe ich bislang keine ausformulierten Änderungsvorschläge der Opposition wahrgenommen,

(Zuruf von den PIRATEN: Kommen noch!)

wohl aber einige Halbwahrheiten, die hier verbreitet wurden.

Jetzt muss ich Sie doch dringend um eines bitten: Wenn Sie Sachen behaupten – das gilt insbesondere für Sie, Herr Kamieth –, dann bereiten Sie sich doch ein bisschen besser vor.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob das Vergesslichkeit, Dummheit oder Dreistigkeit ist,

(Zuruf von der SPD: Alles zusammen!)

aber die Frage der Nachwuchsgewinnung haben wir im Rechtsausschuss erörtert. Da haben Sie vor einigen Tagen die Frage gestellt, was mit den Haushaltsmitteln zur Nachwuchsgewinnung sei. Daraufhin haben wir Ihnen erklärt: Wenn Sie auch nur eine Minute in diesem Haushaltsentwurf geblättert hätten, dann hätten Sie diesen Punkt nunmehr im Kapitel 04 010, Titel 54 610, gefunden.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aha!)

Es ist also lediglich eine Umstrukturierung. Insofern weiß ich nicht, wieso Sie dreist behaupten, wir hätten die Mittel für Nachwuchsgewinnung gestrichen, zumal wir Ihnen das erst vor einigen Tagen im Ausschuss erklärt haben, meine Damen und Herren.

(Sven Wolf [SPD]: Mühsam!)

Zweitens, Herr Kamieth, kritisieren Sie, dass wir Haftplätze abbauen. Auch darüber haben wir in vielen Runden diskutiert. Wir haben Ihnen Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt, wir haben Ihnen alles erläutert. Entweder haben Sie auch das nicht verstanden, oder Sie benutzen hier bewusst Halbwahrheiten, um irgendeine Stimmung zu machen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen den niedrigsten Stand an Gefangenen seit Jahren. Das ist ein gutes Signal. Wir haben aber erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf in unseren Vollzugsanstalten. Deshalb muss sich auch unsere Gebäudesituation sowohl baulich als auch den tatsächlichen Gegebenheiten anpassen.

Zum Thema „Abbau“. Uns werden in wenigen Wochen sogar zusätzliche Haftplätze zur Verfügung stehen, wenn wir das neue Gebäude zur Sicherungsverwahrung in Werl beziehen können. Dann wird in der JVA Werl und in der JVA Aachen weiterer zusätzlicher Haftraumplatz frei für unsere Gefangenen. Ich sage auch hier an dieser Stelle: Jeder, der einen Platz in unserer Vollzugsanstalt haben möchte, kriegt auch einen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Auch das Thema „Nachwuchs“ ist gerade angesprochen worden. Ja, der Markt ist enger geworden für die Nachwuchsgewinnung in der nordrhein-westfälischen Justiz. Das hat etwas damit zu tun, dass insgesamt weniger Absolventen auf dem Markt sind. Und dass Sie, Herr Wedel, das Thema „Gerichtsvollzieher“ ansprechen, ist eine ziemliche

Dreistigkeit. Denn zu Ihrer Regierungszeit zwischen 2005 und 2010 haben Sie die Ausbildung der Gerichtsvollzieher auf null runtergefahren; es wurden während Ihrer Regierungszeit keine Gerichtsvollzieher mehr ausgebildet. Wir haben das jetzt nachgeholt, und auf die rund 100 Stellen, die wir im Augenblick besetzen können, haben wir dank intensiver Werbekampagnen – übrigens auch aus diesem Titel, Herr Kamieth – 1.500 Bewerber gefunden, die sich vorstellen und ausreichende Kapazitäten decken können.

Zur weiteren Beruhigung, Herr Wedel: Ich weiß, Syndikusanwälte sind natürlich eine Lobby, für die Sie sich gerne starkmachen. Ich tue dies im Übrigen auch, weil das ein Problem war, das geklärt werden musste. Wir haben das in großer Übereinstimmung mit dem Bund geklärt, und ich darf Ihnen zu Ihrer Beruhigung sagen, dass das Thema „Syndikusanwälte“ am 18. Dezember im zweiten Durchgang im Bundesrat abschließend behandelt wird. Auch das hätte man in Erfahrung bringen können. Dann hätte man es hier nicht so vortragen müssen.

Meine Damen und Herren, der Justizhaushalt passt sich den aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen an. Gerade im Bereich der Verwaltungsgerichte, lieber Herr Wedel, haben wir rechtzeitig gehandelt, und es bedarf nicht erst eines Besuches des Verwaltungsgerichts Münster durch den Rechtsausschuss. Im Übrigen muss ich feststellen, dass Sie an der Diskussion gar nicht teilgenommen haben, weil Sie zwei Stunden zu spät zu der Veranstaltung gekommen sind.

(Beifall von der SPD)

Wir haben schon früher mit den Nachträgen für das Jahr 2015, also schon weit vor unserem Besuch, 59 weitere Richterstellen und 37 Stellen im Assistenzbereich auf den Weg gebracht, damit auch in Zukunft dafür gesorgt werden kann, dass unsere Verwaltungsgerichte die Asylverfahren in der gewohnten Schnelle – da ist Nordrhein-Westfalen im vorderen Bereich aller Bundesländer –, aber auch mit der hohen Qualität, Rechtssicherheit und Verbindlichkeit abschließen können. Auch hier sind wir gut aufgestellt.

Gleiches gilt auch für das Thema „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. Auch hier passen wir uns den aktuellen Entwicklungen an, indem wir 13 zusätzliche Richterstellen für die Amtsgerichtsbarkeit in Vormundschaftssachen und acht Assistenzstellen vorsehen.

Ich möchte wegen des drohenden Endes der Redezeit noch darauf aufmerksam machen, dass wir auch im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus und des Themas „Radikalisierung“ bzw. „Deradikalisierung“ aktiv sind. Es ist vorhin schon gesagt worden, dass wir neue Stellen im Vollzug schaffen, aber auch neue Stellen in den Gerichten bei Staatsschutzsenaten, aber auch bei der Sicherung der

Justizgebäude im Wachmeisterbereich, um uns diesen neuen Herausforderungen wirksam stellen zu können.

Eine weitere große Aufgabe, die vor uns liegt, ist die Modernisierung der Justiz. Wir wollen nicht beim heutigen Stand bleiben, sondern die Justiz modern weiterentwickeln und zukunftsfähig machen. Deswegen sind wir auf dem Weg der Digitalisierung, des elektrischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte. Ich bin sehr froh darüber, dass auch im Haushalt entsprechende Mittel, nämlich 56 Planstellen für das Jahr 2016 sowie rund 23 Millionen € Sachmittel, für diesen Prozess vorgesehen sind, damit wir unsere Justiz nicht nur aktuell, sondern auch in der Zukunft so leistungsfähig halten, wie sie es jetzt schon ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Kutschatj. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 04. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10504, den Einzelplan 04 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piratenfraktion. Gibt es Enthaltungen? – Niemand will sich enthalten. Dann ist der **Einzelplan 04** somit in **zweiter Lesung** mit Mehrheit **angenommen**.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 06
Ministerium für Innovation, Wissenschaft und
Forschung**

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung** und **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10506**. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Berger das Wort.

(Unruhe – Dietmar Bell [SPD]: Nur Mut, Herr Dr. Berger, nur Mut!)

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil es so nett begonnen hat, möchte ich die Haushaltsrede tatsächlich auch einmal mit einer positiven Botschaft beginnen.

(Zuruf von der SPD)

Dieser Haushalt ist der historisch höchste, der jemals im Wissenschaftsbereich im nordrhein-westfälischen Landtag vorgelegt wurde, und das, meine Damen und Herren, ist grundsätzlich erst einmal gut.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Damit enden aber auch schon die positiven Botschaften; denn diese 8,2 Milliarden € werden sowohl in ihrer Höhe als auch in Teilen ihrer Verwendung den anstehenden Herausforderungen nicht gerecht.

Zunächst einmal haben wir eine gewaltige Steigerung der Zahl eingeschriebener Studenten zu verzeichnen. In 2010 waren es noch 500.000, jetzt sind es über 740.000, und es zeigt sich leider klar: Die Erhöhungen Ihrer Haushalte halten mit dem Aufwuchs der Studierendenzahlen nicht mit. Besonders deutlich wird dies an der Betreuungsrelation Studierende/Lehrende. Sie liegt in Bayern bei 6,2, in Baden-Württemberg bei 4,9 und im Durchschnitt aller Bundesländer bei 7,1. Frau Schulze, nach fünf Jahren Ihrer Ministertätigkeit liegt Nordrhein-Westfalen mit 9,6 Studierenden pro Lehrendem am Ende der Rangliste in der Bundesrepublik.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Anfang Oktober 2015.

Dass es anders gehen könnte, hat Ihnen die Vorgängerregierung gezeigt. Als Andreas Pinkwart Ihnen, Frau Schulze, das Amt übergab, lag die Betreuungsrelation noch bei 8,8. Schritt für Schritt haben Sie dazu beigetragen, dass sich Nordrhein-Westfalen wieder einmal am schlechten Ende einer Wissenschaftsstatistik befindet.

In allen Ausschusssitzungen haben die Fraktionen von Rot und Grün über die Erhöhung der Haushaltsansätze gejubelt. Wir haben aber gerade gesehen, dass diese Erhöhungen nicht ausreichend sind, und wir sehen des Weiteren, dass die rot-grüne Landesregierung sich hier mit fremden Federn schmückt. Würde man nämlich die gesamten Mittel, die aus Berlin nach Düsseldorf überwiesen werden, wie zum Beispiel 1 Milliarde € für den Hochschulpakt oder die Bund-Länder-Finanzierung für Forschungseinrichtungen, herausstreichen,

(Karl Schultheis [SPD]: Warum heißt das wohl Bund-Länder-Finanzierung!)

dann bliebe an Erhöhungen, Herr Schultheis, so gut wie nichts mehr übrig, und ohne den Bund würde an nordrhein-westfälischen Hochschulen kaum mehr eine Perspektive entfaltet werden können.

Deswegen wären Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün und insbesondere Sie, Herr Schultheis, gut beraten, wenn Sie einmal Frau Wanka dafür danken würden, dass Sie ein schnelleres Absinken in Nordrhein-Westfalen verhindert.

Geld ist in der Wissenschaftspolitik aber nicht alles. Entscheidend dafür, wie sich unsere Wissenschaftslandschaft aufstellt, ist natürlich auch die Art und